

Absender
Fraktion DIE LINKE./BFBB

Drucksachen-Nr.

0129/2011

öffentlich

Antrag

der Fraktion, der/des Stadtverordneten
Fraktion DIE LINKE./BFBB

zur Sitzung:
Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 22.03.2011

Tagesordnungspunkt

Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB zu "Durchführung einer Befragung zum Elternwillen und Bedarf von Gesamtschulen und die Auswirkungen der Schulempfehlungen."

Stellungnahme der Verwaltung

Mit Schreiben vom 23.02.2011 beantragt die Fraktion DIE LINKE./BfBB die Durchführung einer Befragung zum Elternwillen und Bedarf von Gesamtschulen und die Auswirkungen der Schulempfehlungen. Der Antrag ist als Anlage beigelegt.

Einen ähnlich lautenden Antrag hat die Fraktion DIE LINKE./BfBB (damals noch DIE LINKE. (mit BfBB)) am 20.11.2009 gestellt. Dieser Antrag wurde im ABKSS am 26.01.2010 unter der Nummer 0012/2010 behandelt und mehrheitlich abgelehnt.

An der Sachlage hat sich nichts verändert, die durchgeführte Elternbefragung (siehe Anlage) hat im Ergebnis zu keinen neuen Erkenntnissen geführt. Im Ergebnis entspricht die Befragung den wesentlich umfassenderen Umfragen, die in Köln oder St. Augustin durchgeführt wurde. Die direkte Nachfrage nach Gesamtschulplätzen macht etwa 25 % der Gesamtnachfrage aus. Dies bedeutet bezogen auf Bergisch Gladbach eine unbefriedigte Nachfrage von etwa 2 Zügen. Dieser Sachverhalt wird nicht bestritten. Im Gutachten der Planungsgruppe „Biregio“ für die Stadt St. Augustin heißt es: „Eltern, die das Abitur für Ihr Kind wünschen, wenden sich zwar in hohem Maße der Gesamtschule zu, doch in noch höherem dem Abitur im gegliederten Schulwesen.“ Die Elternumfrage und die Schülerprognose für Bergisch Gladbach unterstreit-

chen diese Aussage. Wir werden in Bergisch Gladbach nicht nur einen unbefriedigten Bedarf an Gesamtschulplätzen haben, sondern auch an Gymnasialplätzen im gegliederten Schulsystem. Beide Bedarfe werden sich erst dann dem Angebot angleichen, wenn die Vorziehung des Einschulungsalters abgeschlossen ist und der Geburtenrückgang voll zum tragen kommt. Das wird ab 2016 der Fall sein. Aus der Sicht der Verwaltung gibt es keine realistische Option, diesen Problemen zu begegnen.

Es bleibt anzumerken, dass die im Begründungstext angeführte Passage „Jedes Jahr werden hunderte Kinder an der einzigen Gesamtschule in Bergisch Gladbach abgelehnt.“ nicht den Tatsachen entspricht. Seit 2005 musste die IGP wie folgt ablehnen:

2005	42 Kinder
2006	35 Kinder
2007	86 Kinder
2008	140 Kinder
2009	79 Kinder
2010	81 Kinder
2011	66 Kinder

Die ebenfalls von der Fraktion DIE LINKE./BfBB beantragte Befragung nach den Grundschulempfehlungen der Kinder macht aus der Sicht der Verwaltung gar keinen Sinn. Vielleicht haben die Eltern der Jahrgangsstufe 4 eine Ahnung, welche Grundschulempfehlung ihr Kind bekommt. Für die jüngeren Jahrgänge ist die Frage unrealistisch und könnte nur spekulativ beantwortet werden.

Abschließend noch ein Zitat aus dem Gutachten für die Stadt Augustin: „Jede Gesamtschule "lebt" in einer permanenten Konkurrenz zu dem gegliederten Schulwesen zwangsläufig davon, dass sie ihre Schülerschaft aus einem Überhang in allen drei "Begabungsspektren" (sofern es diese in einer nachweisbaren Struktur bei realen Übergängen der Grundschüler aus der Stadt Sankt Augustin zum Gymnasium von weit über 40 Prozent überhaupt noch gibt) auswählen kann. Verletzt der potentielle Schulträger oder die potentielle neue Schule diese Struktur - egal in welche Richtung: Über- oder Unterbetonung eines Segments -, schlägt sich dies unweigerlich auf das Anmeldeverhalten der nachrückenden Grundschüler nieder“.

Zusammenfassend hält die Verwaltung die Datenlage für hinreichend stabil. Dass eine Nachfrage besteht, wird nicht bestritten. Sie besteht aber auch in anderen Bereichen und wird sich nach den Prognosen ausweiten. Problematisch wird in der zukünftigen Schullandschaft eher die Versorgung der „Begabungsspektren“ Haupt- und Realschule, auch durch Rückläufe von den Gymnasien. Folgt man dem Gutachten für die Stadt St. Augustin, wäre es nicht richtig, diese Segmente in Gesamtschulen stärker zu betonen. Richtiger wäre andere Optionen zu prüfen, etwa die Errichtung einer Gemeinschaftsschule.

Eine weitere Befragung wäre arbeitsintensiv und würde für die Klärung der eigentlich wichtigen Fragen, keine weiteren Erkenntnisse liefern. Deshalb sollte der Antrag abgelehnt werden.